

## MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

### 52. Ministerrat

17. März 2021

1. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 2. März 2021, mit dem ein Beschluss vom 3. Februar 2021 betreffend „Direkthilfeangebot in Apotheken für Gewaltopfer“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 2. März 2021, mit dem ein Beschluss vom 3. Februar 2021 betreffend „Ausstattung von Landeslehrerinnen und Landeslehrern mit den notwendigen elektronischen und digitalen Arbeitsmaterialien“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 3. März 2021, mit dem eine EntschlieÙung vom 3. Februar 2021 betreffend „Berufsschullehrkräfte gleichbehandeln – Gespräche auf Bundesebene führen“ vorgelegt wird.
4. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 5. März 2021, mit dem ein Beschluss vom 5. März 2021 betreffend „COVID-19-Pandemie; Abdeckung der Mehrkosten in Sozialeinrichtungen“ vorgelegt wird.
5. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 5. März 2021, mit dem ein Beschluss vom 5. März 2021 betreffend „ELER – VHA 7.4.1 – Soziale Angelegenheiten; neue Förderperiode“ vorgelegt wird.
6. Schreiben der Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs vom 8. März 2021, mit dem eine Stellungnahme betreffend „Jetzt geht es um rasche und zielgerichtete Maßnahmen, um Kinder und Jugendliche bestmöglich dabei zu unterstützen, einen Weg aus der Krise zu finden“ vorgelegt wird.
7. Schreiben des Bürgermeisters von Linz vom 5. März 2021, mit dem eine Resolution vom 4. März 2021 betreffend „Humanitäres Bleiberecht – Gemeinden in Entscheidungen einbeziehen“ vorgelegt wird.
8. Schreiben des Bürgermeisters von Linz vom 5. März 2021, mit dem eine Resolution vom 4. März 2021 betreffend „Österreichischen Sport entfesseln“ vorgelegt wird.
9. Schreiben der Bürgermeisterin von Gallneukirchen vom 4. März 2021, mit dem ein Beschluss vom 11. Februar 2021 betreffend „Aufnahme von Flüchtlingen“ vorgelegt wird.
10. Schreiben des Bürgermeisters von Nötsch vom 5. März 2021, mit dem eine Resolution vom 24. Februar 2021 betreffend „Finanzielle Unterstützung der Gemeinden und Städte durch den Bund“ vorgelegt wird.

11. E 135-NR/XXVII.GP vom 24. Februar 2021 betreffend „Nein zum Mercosur-Abkommen“ (Wortlaut siehe Beilage).
12. E 136-NR/XXVII.GP vom 24. Februar 2021 betreffend „Verbot von autonomen Waffensystemen ohne menschliche Kontrolle („Killer-Robotern““ (Wortlaut siehe Beilage).
13. E 137-NR/XXVII.GP vom 24. Februar 2021 betreffend „Sicherheit von Journalisten, insbesondere Journalistinnen“ (Wortlaut siehe Beilage).
14. E 139-NR/XXVII.GP vom 25. Februar 2021 betreffend „Priorität beim Mannschutz“ (Wortlaut siehe Beilage).
15. E 140-NR/XXVII.GP vom 8. März 2021 betreffend „weiterführende Maßnahmen, um Frauen in der Corona-Krise bestmöglich zu unterstützen und die Folgen der Krise abzufedern“ (Wortlaut siehe Beilage).
16. E 141-NR/XXVII.GP vom 8. März 2021 betreffend „Erstellung von Angeboten zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Frauen“ (Wortlaut siehe Beilage).
17. E 142-NR/XXVII.GP vom 8. März 2021 betreffend „die Umsetzung der VN-Resolution 1325 – Frauen, Frieden, Sicherheit“ (Wortlaut siehe Beilage).
18. E 143-NR/XXVII.GP vom 8. März 2021 betreffend „Gleichbehandlung im Bundesheer“ (Wortlaut siehe Beilage).

# **EntschlieÙung**

## **des Nationalrates vom 24. Februar 2021**

**betreffend Nein zum Mercosur-Abkommen**

Die Bundesregierung wird ersucht, sich gegen das Mercosur-Abkommen in der derzeitigen Form auszusprechen.

# EntschlieÙung

## des Nationalrates vom 24. Februar 2021

**betreffend Verbot von autonomen Waffensystemen ohne menschliche Kontrolle („Killer-Robotern“)**

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht,

- das multilaterale Engagement Österreichs im Bereich der Konfliktprävention, Friedenssicherung und Abrüstung weiter aktiv fortzuführen;
- sich im Rahmen der Vereinten Nationen, insbesondere im Ersten Ausschuss der VN-Generalversammlung und der Konvention für bestimmte konventionelle Waffen (CCW) für ein völkerrechtliches Verbot sogenannter autonomer Waffensysteme ohne umfassender menschlicher Kontrolle einzusetzen und einen entsprechenden, internationalen und inklusiven Prozess, unter umfassender Einbindung relevanter Akteure, konsequent voranzutreiben;
- das Bewusstsein auf europäischer Ebene für die Problematik zu stärken und sich dafür einzusetzen, dass weiterhin autonome Waffensysteme, die insbesondere Zielauswahl und Angriffe ohne menschliche Kontrolle durchführen könnten, im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds nicht förderfähig sind;
- sich auf europäischer und internationaler Ebene für die Stärkung von Initiativen einzusetzen, um wirksam Problemen zu entgegnen, die durch Künstliche Intelligenz für die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie entstehen, insbesondere im Bereich Friedenssicherung und Abrüstung.

# Entschließung

## des Nationalrates vom 24. Februar 2021

### betreffend Sicherheit von Journalisten, insbesondere Journalistinnen

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht,

- sich weiterhin aktiv für unabhängigen Journalismus und den Schutz von Journalistinnen und Journalisten weltweit und für den Kampf gegen Straflosigkeit für Verbrechen an ihnen einzusetzen, unter besonderer Berücksichtigung der wichtigen Rolle von Frauen im Journalismus und der Auswirkungen von COVID-19 auf deren Arbeit;
- bei den internationalen Bemühungen um eine effektive Verbesserung der Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten insbesondere Medienschaffende, Medienorganisationen, die Zivilgesellschaft, internationale Stakeholder wie die UN-Sonderberichterstatterin für Meinungsfreiheit und das Büro des OSZE-Medienbeauftragten sowie gleichgesinnte Partnerländer einzubeziehen;
- im Rahmen der Mitgliedschaft Österreichs im UN-Menschenrechtsrat und der anstehenden Mitgliedschaft in der UN-Frauenstatuskommission (CSW) sich weiterhin konsequent gegen Gewalt an Journalistinnen und Journalisten aktiv zu thematisieren;
- im Rahmen der angestrebten Mitgliedschaft Österreichs im UNESCO Exekutivrat 2021-2025 einen Fokus auf den Schutz von Journalistinnen und Journalisten, Meinungs- und Informationsfreiheit zu legen sowie sich dafür einzusetzen, dass die Bemühungen auf bi- und multilateraler Ebene im Bereich des Schutzes von Journalistinnen und Journalisten darauf abzielen, das gesellschaftliche Bewusstsein für die Thematik zu schärfen und das grundlegende Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung zu unterstützen.

# **Entschießung**

## **des Nationalrates vom 25. Februar 2021**

### **betreffend Priorität beim Mannschutz**

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Landesverteidigung wird aufgefordert, bei künftigen Beschaffungen, schon im Planungsprozess, eine Priorität auf die Sicherheit und den Schutz der Truppen im Einsatz zu legen. Die Bundesministerin für Landesverteidigung wird aufgefordert, bedarfsorientiert, für ausreichende, geeignete und vor allem moderne Ausrüstung für die Soldatinnen und Soldaten, sowie für zeitgemäße Infrastruktur und Unterkünfte für die Truppen zu sorgen.

# **Entschließung**

## **des Nationalrates vom 8. März 2021**

**betreffend weiterführende Maßnahmen, um Frauen in der Corona-Krise bestmöglich zu unterstützen und die Folgen der Krise abzufedern**

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration, der Bundesminister für Arbeit, und der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, die aktuelle Situation und deren Auswirkungen auf Frauen während der Corona-Krise weiterhin kontinuierlich zu evaluieren und gezielt Maßnahmen zu setzen, die Frauen in der Krise bestmöglich unterstützen und die Auswirkungen der Krise auf Frauen bestmöglich abfedern. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Entwicklung der Situation der Frauen am Arbeitsmarkt und insbesondere auch auf Alleinerziehende zu legen.

# **Entschließung**

## **des Nationalrates vom 8. März 2021**

**betreffend Erstellung von Angeboten zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Frauen**

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird dazu aufgefordert, ehestmöglich Maßnahmen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Frauen zu treffen und entsprechende Angebote vorzulegen.

# Entschließung

## des Nationalrates vom 8. März 2021

betreffend die Umsetzung der VN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- sich weiterhin auf internationaler und EU-Ebene für die effektive Umsetzung der VN-Resolution 1325 und ihrer Folgeresolutionen einzusetzen;
- die VN-Resolution 1325 in außenpolitischen Entscheidungen und Handlungsfeldern – insbesondere im entwicklungs-, friedens-, sicherheitspolitischen und humanitären Bereich – umfassend miteinzubeziehen, umzusetzen und in diesem Sinne die Perspektive von Frauen und Mädchen in Abstimmungsentscheidungen miteinzubeziehen;
- bei der Umsetzung der Resolution 1325 und ihren Folgeresolutionen weiterhin eng mit den relevanten zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren zusammenzuarbeiten und deren Kompetenz miteinzubeziehen;
- die VN-Resolution 1325 und ihre Folgeresolutionen bei der Vergabe von finanziellen Mitteln mit außenpolitischem Bezug weiterhin mitzudenken;
- internationalen Frauenfragen und anderen menschenrechtlichen Querschnittsfragen im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten weiterhin die nötige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen und die interministerielle Koordinierung zum Thema Frauen, Frieden, Sicherheit fortzusetzen;
- in Krisenregionen, in denen Österreich engagiert ist, dafür einzutreten, dass lokale und regionale Frauengruppen und -netzwerke über ihre Rechte und Möglichkeiten informiert und in Verhandlungen und Entscheidungsprozesse gleichberechtigt mit eingebunden werden;

# **Entschließung**

## **des Nationalrates vom 8. März 2021**

### **betreffend Gleichbehandlung im Bundesheer**

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Landesverteidigung, wird aufgefordert Maßnahmen zur Förderung von Gleichstellung und Diversität im Bundesheer, insbesondere die Gleichstellungsrichtlinie und die Einbindung der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen, zu evaluieren. Dabei sollte ein besonderes Augenmerk auf folgende Themen gelegt werden:

- Rekrutierungsmaßnahmen;
- Themen der Gleichstellung in der Ausbildung, Trainingsmaßnahmen zur Sensibilisierung in Genderfragen;
- Sprachliche Inklusion;
- Familienfreundliches Umfeld im Ministerium (Teleworking, Flexibles Arbeiten, Unterstützung der Väterkarenz);
- Umsetzung der UNSR Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit insbesondere der Integration von Gender-Perspektiven in Friedenssicherungseinsätzen;
- Einsatz von Budgetmittel und Gender Budgeting;
- Frauen in Führungspositionen/ Role Models und
- Darstellung von Frauen in der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesheeres.